

Wohnungswesen

Wohnungswesen.

I. Anträge, Resolutionen, Petitionen und Gesetzentwürfe.

a) Antrag und gleichlautende Resolution Albrecht u. Gen.: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag baldigst einen: Gesetzentwurf, betreffend Regelung des Wohnungswesens, vorzulegen; insbesondere Normativbestimmungen bezüglich der Beschaffenheit der Wohnungen und der Durchführung der Wohnungsinspektion sowie Schaffung eines Reichs Wohnungsamts: Bd. 298 Nr. 78 bzw. 211.

b) Antrag und gleichlautende Resolution Dr. Schaedler u. Gen.

A. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen:

I. in Ausführung des Art. IV Nr. 15 der Reichsverfassung dem Reichstag einen Gesetzentwurf (Reichswohnungsgesetz) vorzulegen, durch welchen die Einzelstaaten veranlaßt werden:

1. allgemeine Vorschriften zur Verbesserung der Wohnverhältnisse der minderbemittelten Volksklassen (Lage, Luftraum, Licht und Luft der Wohn-, Schlaf- und Arbeitsräume, Zahl und Anlage der Aborte, Schlafstellenwesen usw.) unter Anpassung an die besonderen Verhältnisse von Stadt und Land zu erlassen;

2. die Ausführung dieser Vorschriften durch besondere Aufsichtsbeamte, sei es des Staates, sei es der Gemeinden, jedoch unter Oberaufsicht von Staatsbeamten zu sichern;

3. besondere allgemein zugängliche Kasseneinrichtungen, soweit sie in einzelnen Staaten nicht bereits bestehen, zu errichten behufs Beschaffung von Geldmitteln für den Kleinwohnungsbau und besonders für die zweite Hypothek, vielleicht verbunden mit der Errichtung von Bauberatungsstellen und dem Rechte, Baupfandbriefe auszugeben;

4. die Bauordnungen und Bebauungspläne behufs ausgiebiger Verbilligung und Erleichterung des Klein - Wohnungsbaues umzugestalten, auch im Sinne weiträumiger Bebauung und Dezentralisierung der Besiedelung mit besonderer Berücksichtigung des Einfamilien- und Kleinhauses, in Verbindung mit Verbesserung des Enteignungsrechtes und Erleichterung der Umlegung von zur Bebauung bestimmten Grundstücken;

5. diese Bestimmungen vorausschauend und frühzeitig auf die zur Besiedelung kommenden Gelände auszudehnen, besonders auch längs der Industrie- und

Wasserstraßen;

6. in jedem größeren Gebiete, wo es angezeigt scheint, eine besondere staatliche Kommission einzusetzen zur Förderung einer sozialpolitisch gesunden Besiedelung in Stadt und Land, besonders auch in den Industriegegenden, etwa nach dem Vorbilde der preußischen Rentengutkommissionen,

II. Erhebungen über die bisherigen Wirkungen des Erbbaurechtes zu veranstalten und je nach Bedürfnis einen entsprechenden Gesetzentwurf dem Reichstage vorzulegen.

B. Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen:

I. für Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses der Arbeiter und Beamten des Reiches auch fernerhin — und in weiterem Maße als bisher —, sei es durch Errichtung von Wohnungen, sei es durch Unterstützung entsprechender gemeinnütziger Bauunternehmungen, Sorge zu tragen;

II. durch Ueberlassung von freiwerdendem oder auch, wo besondere Rücksichten es empfehlen, zu erwerbendem Gelände des Reichsfiskus (Militär-, Marine-, Postverwaltung usw.) den gemeinnützigen Wohnungsbau in Erbbau zu unterstützen:

Bd. 298 Nr. 85 beziehungsweise 230.

c) Antrag und gleichlautende Resolution Mumm u. Gen.: Die verbündeten Regierungen um Vorlage des Entwurfs eines Reichswohnungsgesetzes zu ersuchen, das den Verschiedenheiten von Stadt und Land und der Verschiedenheit der Bundesstaaten Rechnung trägt und drückende Härten durch Gewähr angemessener Fristen vermeidet: Bd. 298 Nr. 131 bzw. 235. — (Letztere erwähnt: Bd. 283, 19. Sitz. S. 437C.)

d) Antrag und gleichlautende Resolution Bassermann u. Gen.: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, ein Reichswohnungsgesetz dem Reichstag zur verfassungsgemäßen Beschlußfassung vorzulegen: Bd. 298 Nr. 168 bzw. 249.

e) Antrag und gleichlautende Resolution Brandys (Oppeln) u. Gen.: Die verbündeten Regierungen um Vorlage eines Gesetzentwurfs, betreffend Regelung des Wohnungswesens, zu ersuchen: Bd. 298 Nr. 176 bzw. 279.

f) Resolution Dr. Schaedler u. Gen.: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, das Reichsversicherungsamt zur Abänderung seines Erlasses vom 11. Mai 1910 dahin zu veranlassen:

daß die Bemessung des Zinssatzes für Darlehen zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues in erster Linie der Entscheidung der Landesversicherungsanstalten vorbehalten bleibt,

daß aber jedenfalls von einem Zwange zur Heraussetzung des Zinssatzes für schon gewährte Darlehen abgesehen wird: Bd. 298 Nr. 252.

g) Resolution der Budgetkommission zum Etat des Reichsamts des Innern für 1912:

Eine Kommission von 21 Mitgliedern zur Beratung aller Initiativanträge zur Wohnungsfrage einzusetzen: Bd. 298 Nr. 280 unter II e.

Bd. 284, 33. Sitz. S. 951B ff.

Bd. 284, 34. Sitz. S. 978C ff., Bd. 284, 34. Sitz. S. 984D.

Die Resolutionen unter a bis f werden gemäß der Resolution unter g einer Kommission von 21 Mitgliedern zur Beratung überwiesen.

1. Bericht (Teilbericht) der 7. Kommission: Bd. 299 Nr. 508. — Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Jaeger.

Resolutionen der 7. Kommission:

I. Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag in der nächsten Tagung

Gesetzentwürfe, betreffend Regelung des Wohnungswesens

vorzulegen, die folgende Grundzüge enthalten:

1. Mindestvorschriften über Beschaffenheit und Benutzung der Wohnungen (Lage, Luftraum, Zufuhr von Licht und Luft in die Wohn-, Schlaf- und Arbeitsräume, Zahl und Anlage der Aborte, Schlafstellenwesen usw.) unter Anpassung an die besonderen Verhältnisse in Stadt und Land.

2. Vorschriften über eine amtliche Wohnungsaufsicht durch Orts- bzw. Bezirks- und Landeswohnungsämter mit einem Reichswohnungsamt als Zentralstelle für das gesamte Wohnungswesen.

3. Errichtung von Pfandbriefanstalten im Anschluß an die Landesversicherungsanstalten zu dem Zweck, um unter Reichsgarantie nach festen Normativbestimmungen möglichst hohe Pfandbriefsdarlehen auf Hausgrundstücke mit Kleinwohnungen sowohl an Baugenossenschaften als auch an Privatpersonen zu gewähren.

4. Regelung des Wohnungsnachweiswesens.

5. Ausbau des Erbbaurechts zum ausgiebigeren Gebrauch desselben im Interesse des Kleinwohnungsbaues.

II. Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Ergebnisse der Wohnungsaufsicht, des Standes des Wohnungs- und Bodenmarktes, der Wohnungsmieten und der Bautätigkeit jährlich zu veröffentlichen.

III. Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, daß im Wege der Landesgesetzgebung der Bau von Kleinwohnungen gefördert werde

1. durch Festsetzung von Normativbestimmungen über Bodenaufteilung,

Bebauungspläne und Bauordnungen behufs Verbilligung und Erleichterung des Kleinwohnungsbaues sowie zwecks weiträumiger Bebauung und Dezentralisation der Besiedelung, unter Anpassung an die besonderen Verhältnisse in Stadt und Land,

2. durch Gewährung von Steuer- und Abgabenerleichterungen an die Besitzer von Häusern mit Kleinwohnungen sowohl seitens des Staates wie der Kommunen,

3. durch Gewährung des Enteignungsrechts an die Kommunen zur Beseitigung von schweren Mißständen im Bebauungs- und Wohnungswesen.

Die Beratung war verbunden mit der dritten Beratung des Außerordentlichen Etats des Reichsamts des Innern, Rap. 1, Tit. 1: Bd. 285, 69. Sitz. S. 2255A ff.

Einstimmige Annahme sämtlicher Resolutionen der 7. Kommission.

2. (mündlicher) Teilbericht der 7. Kommission: Bd. 301 Nr. 963. — Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Jaeger.

Der Antrag (Resolution) der Kommission wurde in abgeänderter Form durch den 3. Teilbericht wieder aufgenommen, — siehe nachstehend.

3. Teilbericht der 7. Kommission: Bd. 302 Nr. 1020, nebst Anlage: Anträge und Materialien der 7. Kommission. — Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Jaeger. — Anträge der Kommission (vergl. S. 6 und 10):

I. die in Bd. 301 Nr. 963 niedergelegte Resolution für erledigt zu erklären;

II. folgende Resolution anzunehmen: Nachdem durch Beschluß des Bundesrats die Einführung von Wohnungsaufsichtsgesetzen den Einzelstaaten überlassen worden ist, ersucht der Reichstag die verbündeten Regierungen, nunmehr folgende Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot umgehend in die Wege zu leiten:

1. dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den eine Ausgestaltung des Erbbaurechts für Zwecke der Wohnungsfürsorge, insbesondere hinsichtlich der Beleihbarkeit dieses Rechts, der Mündelsicherheit dieser Beleihung und der Regelung der Verhältnisse bei Ablauf des Erbbauvertrags erfolgt;

2. im Kaiserlich statistischen Amte eine Abteilung für Wohnungsstatistik zu schaffen, die regelmäßig, mindestens alljährlich die Ergebnisse der Wohnungsaufsicht sowie eine Uebersicht über die Lage des Boden-, Bau- und Wohnungsmarktes in den einzelnen Bundesstaaten veröffentlicht;

3. im Laufe dieses Jahres eine Kommission einzuberufen, die durch Vernehmung von Sachverständigen im kontradiktorischen Verfahren die wirtschaftlichen und rechtlichen Grundlagen unseres Realkreditsystems sowie des Schätzungs- und Beleihungswesens der zu Wohnzwecken verwendeten Grundstücke besonders mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des Kleinwohnungsbaues prüft, worauf der Herr Reichskanzler Veranlassung nehmen möge, die festgestellten Mängel, soweit das Reich zuständig ist, durch baldige Vorlage eines Reichsgesetzes zu beseitigen, um Abstellung der anderen die Bundesstaaten zu ersuchen;

4. den Herrn Reichskanzler um Feststellung von Grundsätzen für die Veräußerung reichseigenen Geländes zu ersuchen;

III. die eingegangenen Petitionen dem Reichskanzler als Material zu überweisen.

Bd. 290, 171. Sitz. S. 5886D ff.

Einstimmige Annahme der Anträge der Kommission.

h) Anfrage Nr. 10, Göhre: Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, ob die verbündeten Regierungen bereits Stellung zu den Resolutionen über Wohnungsreform genommen haben, die der Reichstag in seiner Sitzung vom 22. Mai d. I. einstimmig beschlossen hat, und wenn ja, mit welchem Ergebnis ?

Eventuell zur Ergänzung:

Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, ob Aussicht besteht, daß die verbündeten Regierungen noch in der laufenden Session einen Gesetzentwurf zu diesem Gegenstand vorlegen werden?: Bd. 300 Nr. 564.

Beantwortet: Bd. 286, 73. Sitz. S. 2398C.

i) Resolution der Budgetkommission zum Etat für das Reichsamt des Innern auf 1913: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, im nächsten Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats, die ausgeworfene Summe zur Förderung der Herstellung von Kleinwohnungen angemessen zu erhöhen: Bd. 301 Nr. 688 unter II b 1.

Bd. 287, 105. Sitz. S. 3543B ff.

Bd. 287, 106. Sitz. S. 3551D ff., Bd. 287, 106. Sitz. S. 3576A.

Einstimmig angenommen.

k) Resolution der Budgetkommission zum Etat des Reichsamt des Innern für 1913: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag bei Beginn seiner nächsten Tagung im Herbst 1913 eine Vorlage zu machen, nach welcher das Reich in Verbindung mit den einzelstaatlichen Regierungen unter gewissen Bedingungen die Bürgschaft übernehmen wird für die zweiten Hypotheken der Kleinwohnungsbauten gemeinnütziger Baugesellschaften in dem Bereiche von 50 bis 90 Prozent des Gesamtwertes von Boden und Bauwerk: Bd. 301 Nr. 688 unter II b 2.

Bd. 287, 105. Sitz. S. 3543B ff.

Bd. 287, 106. Sitz. S. 3551D ff., Bd. 287, 106. Sitz. S. 3576B.

Angenommen.

l) Resolution Mumm u. Gen. zum Etat für das Reichsamt des Innern für 1913: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, den Betrag für die Wohnungsfürsorge im

nächstjährigen Etat angemessen zu erhöhen: Bd. 300 Nr. 604.

Bd. 287, 105. Sitz. S. 3543B ff.

Bd. 287, 106. Sitz. S. 3551D ff., Bd. 287, 106. Sitz. S. 3566C, Bd. 287, 106. Sitz. S. 3576B.

Durch Annahme der Resolution der Budgetkommission in Bd. 301 Nr. 688 unter II b 1 erledigt.

m) Petition des bayerischen Landesvereins zur Förderung des Wohnungswesens in München um Annahme der Resolution der Budgetkommission, betreffend Schaffung eines Reichsgarantiefonds zur Bürgschaftsübernahme von zweiten Hypotheken für leistungsfähige gemeinnützige Bauvereinigungen.

Mündlicher Bericht der Budgetkommission: Bd. 303 Nr. 1384 unter II a. —
Berichtersteller: Abgeordneter Hoch.

Bd. 293, 221. Sitz. S. 7584D.

Ueberweisung zur Berücksichtigung.

n) Petition, betreffend Regelung des Erbbaurechts durch ein besonderes Gesetz.
219. Bericht der Petitionskommission: Bd. 305 Nr. 1660. — Berichtersteller:
Abgeordneter Bolz.

Bd. 295, 260. Sitz. S. 9006A.

Ueberweisung als Material.

Vgl. auch die Angaben nachstehend unter II 12.

o) Entwurf eines Gesetzes, betreffend Bürgschaften des Reichs zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen für Reichs- und Militärbedienstete: Bd. 304 Nr. 1398.

Erste Beratung: Bd. 294, 234. Sitz. S. 8031D.

Mündlicher Bericht der 7. Kommission: Bd. 305 Nr. 1621. — Berichtersteller:
Abgeordneter Dr. Jaeger.

Zweite Beratung: Bd. 295, 261. Sitz. S. 9055A.

Dritte Beratung: Bd. 295, 261. Sitz. S. 9057D.

Annahme des Entwurfs nach den Beschlüssen der Kommission.

Gesetz v. 10. 6. 1914. RGB. S. 219.

Vgl. auch die Angaben nachstehend unter II 10 ff.

Resolution der 7. Kommission: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, alsbald

einen Gesetzentwurf, der Bürgschaften des Reichs- über den Kreis der Reichs- und Militärbediensteten hinaus, dem Bedürfnis entsprechend vorsieht, vorzulegen: Bd. 305 Nr. 1621 unter II.

Bd. 295, 261. Sitz. S. 9055D, Bd. 295, 261. Sitz. S. 9056B, Bd. 295, 261. Sitz. S. 9056D, Bd. 295, 261. Sitz. S. 9057A, Bd. 295, 261. Sitz. S. 9057B.

Abgelehnt.

Petitionen:

a) des Groß Berliner Vereins für Kleinwohnungswesen, betreffend Bereitstellung von Sicherheitsfonds bei den Landesversicherungsanstalten und dem Reichsversicherungsamt für Privatangestellte für die Uebernahme von Bürgschaften für Hypotheken zum Wohnungsbau;

b) der Vereinigung der in Deutschland arbeitenden Privatfeuerversicherungsgesellschaften, betreffend Abänderung der Bedingungen über die Gewährung von Darlehen und

des Deutschen Vereins für Wohnungsreform in Frankfurt a. M., betreffend Bürgschaftsleistungen für die gesamte gemeinnützige Bautätigkeit.

Mündlicher Bericht der 7. Kommission: Bd. 305 Nr. 1621 unter III. — Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Jaeger.

Bd. 295, 261. Sitz. S. 9057B ff., Bd. 295, 261. Sitz. S. 9057D.

Zu a: Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Zu b: Durch die Beschlußfassung über den Gesetzentwurf für erledigt erklärt.

Ausdehnung des Gesetzes auf alle gemeinnützigen Baugenossenschaften usw., ablehnende Stellung des Bundesrats:

Bd. 294, 234. Sitz. S. 8032C ff., Bd. 294, 234. Sitz. S. 8034B, Bd. 294, 234. Sitz. S. 8034D, Bd. 294, 234. Sitz. S. 8035D.

Bd. 295, 261. Sitz. S. 9055B (Vorlegung einer Denkschrift), Bd. 295, 261. Sitz. S. 9055D ff.

Uebernahme der Bürgschaft für Erbbauhypotheken: Bd. 294, 234. Sitz. S. 8032B, Bd. 294, 234. Sitz. S. 8033C, Bd. 294, 234. Sitz. S. 8037C.

II. Einzelnes.

1. Wohnungsverhältnisse, Mißstände, Mangel an Kleinwohnungen, Arbeiterwohnungen.

Sanitäre Mißstände, mangelhafte, überfüllte Wohnräume, Wohnräume als Arbeitsräume usw., Wohnungsverhältnisse in Berlin:

Bd. 283, 15. Sitz. S. 307B.

Bd. 284, 33. Sitz. S. 941D, Bd. 284, 33. Sitz. S. 952D (Hausindustrie usw.), Bd. 284, 33. Sitz. S. 953D ff. (Berlin, Hessen, Untersuchungen des Wohnungsinspektors Gretschel).

Bd. 289, 150. Sitz. S. 5157A.

Wohnungsmißstände als Volksgefahr, Förderung des Verbrechertums, der Prostitution, Zerstörung des Familienlebens, Förderung der Tuberkulose, der Säuglingssterblichkeit:

Bd. 284, 31. Sitz. S. 870B.

Bd. 284, 33. Sitz. S. 941D, Bd. 284, 33. Sitz. S. 954B, Bd. 284, 33. Sitz. S. 954D, Bd. 284, 33. Sitz. S. 959A.

Bd. 287, 105. Sitz. S. 3548D ff.

Bd. 287, 106. Sitz. S. 3564A, Bd. 287, 106. Sitz. S. 3566B.

Wohnungselend in Berlin, Jahresbericht der deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, Einzelfälle: Bd. 287, 106. Sitz. S. 3567A.

Schlafstellen- und Quartiergängerunwesen, schwere Mißstände:

Bd. 284, 33. Sitz. S. 954A.

Bd. 284, 34. Sitz. S. 984C.

Festungsstädte, Wohnungsmißstände; Verhältnisse in Cöln, Verhandlungen der Stadt mit dem Kriegsministerium bezüglich der Entfestigung, der Bebauung des freiwerdenden Terrains usw.:

Bd. 284, 33. Sitz. S. 956C.

Bd. 289, 147. Sitz. S. 5026B ff., Bd. 289, 147. Sitz. S. 5029B, Bd. 289, 147. Sitz. S. 5029D, Bd. 289, 147. Sitz. S. 5031C ff., Bd. 289, 147. Sitz. S. 5032D, Bd. 289, 147. Sitz. S. 5033D ff.

Mißstände in kleinen Städten, auf dem Lande: Bd. 286, 77. Sitz. S. 2552A.

Schwere Mißstände in landwirtschaftlichen Betrieben, in Ziegeleien, Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten über die Unterbringung von Saisonarbeitern usw.:

Bd. 283, 22. Sitz. S. 538C.

Bd. 287, 93. Sitz. S. 3061D ff.

Wohnungswesen auf dem Lande, Verhältnisse in den östlichen Provinzen,

Verweigerung des Baukonsenses an polnische Arbeiter usw.; Einzelfälle:

Bd. 284, 34. Sitz. S. 982C.

Bd. 287, 106. Sitz. S. 3561D, Bd. 287, 106. Sitz. S. 3562A ff.

Wohnungsmangel für Arbeiter, Vorfall im Kreise Hameln, Aufnahme einer Arbeiterfamilie in das Gemeindearmenhaus: Bd. 284, 34. Sitz. S. 983A.

Arbeiterwohnungen der Zechenverwaltungen, einmonatliche Kündigung, Beseitigung der politischen Bevormundung der Arbeiter durch die Arbeitgeber:

Bd. 283, 27. Sitz. S. 676A ff.

Bd. 284, 33. Sitz. S. 956A.

Amtliche und private Erhebungen, Ergebnisse, Mangel an Kleinwohnungen: Bd. 284, 33. Sitz. S. 952C, Bd. 284, 33. Sitz. S. 955D.

2. Grund- und Bodenpreise, Wohnungsmieten usw.

Bau- und Wohnungsmarkt, Hypothekenmarkt, Geld- und Kreditnot, Grund- und Bodenwucher, Steigerung des Zinsfußes usw.; Bodenreform:

Bd. 283, 7. Sitz. S. 67C, Bd. 283, 7. Sitz. S. 79A.

Bd. 286, 90. Sitz. S. 2933C.

Bd. 287, 106. Sitz. S. 3564D, Bd. 287, 106. Sitz. S. 3566A, Bd. 287, 106. Sitz. S. 3567C.

Bd. 288, 120. Sitz. S. 4049D.

Bd. 289, 138. Sitz. S. 4698A.

Bd. 290, 157. Sitz. S. 5388D.

Bd. 290, 171. Sitz. S. 5866A ff., Bd. 290, 171. Sitz. S. 5867A.

Bd. 291, 183. Sitz. S. 6215A, Bd. 291, 183. Sitz. S. 6221A.

Bd. 291, 186. Sitz. S. 6336C.

Bd. 292, 194. Sitz. S. 6603C ff., Bd. 292, 194. Sitz. S. 6612D.

Bd. 292, 197. Sitz. S. 6701D, Bd. 292, 197. Sitz. S. 6704C.

Bd. 292, 200. Sitz. S. 6811A, Bd. 292, 200. Sitz. S. 6819C, Bd. 292, 200. Sitz. S. 6820A (Anwachsen der Zahl der Kontrakte).

Bd. 292, 203. Sitz. S. 6910A.

Bau- und Wohnungsmarkt, Siehe auch Grundstücke.

Hausbesitzerstand, Notlage, Belastung durch Steuern: Bd. 292, 196. Sitz. S. 6689D.

Bauschwindel, Zunahme der Zahl der unzuverlässigen Bauunternehmer, ungenügender Schutz des § 35 G.O.:

Bd. 292, 200. Sitz. S. 6820B.

Bd. 292, 201. Sitz. S. 6840B.

Bd. 292, 202. Sitz. S. 6877B.

Bodenpreise, Wohnungsmieten, Steigerung; Vergleich zwischen Stadt und Land; unverhältnismäßig hohe Preise, insbesondere für kleine Wohnungen:

Bd. 284, 33. Sitz. S. 953B, Bd. 284, 33. Sitz. S. 956A (das Wohnhaus als Spekulationsobjekt).

Bd. 284, 34. Sitz. S. 984A, Bd. 284, 34. Sitz. S. 984D (Mietsverlustversicherung).

Bd. 287, 93. Sitz. S. 3079A ff., Bd. 287, 93. Sitz. S. 3084B (Hypothekenreform, Heimstättengesetz).

Private Pflege des Wohnungswesens, Einschränkung des Bauschwindels, Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker, Inkraftsetzung des zweiten Teils des Gesetzes: Bd. 287, 106 Sitz. S. 3564B. — Siehe auch Baugewerbe unter IV.

Mißstände im Submissionswesen, Ursachen der Wohnungsnot, Hypothekengeschäft: Bd. 288, 120. Sitz. S. 4049D.

Bau von Kleinwohnungen, polizeiliche Vorschriften, Verteuerung der Wohnungen dadurch: Bd. 287, 106. Sitz. S. 3562A.

Ungenügender Schutz der Hypothekengläubiger gegenüber Verfügungen über die Miet- und Pachtzinsen, Aenderung der §§ 1123, 1124 B.G.B., siehe Bürgerliches Gesetzbuch unter 10.

3. Wohnungskommission des Reichstags, Tätigkeit, Bedeutung, Weitertagung:

Bd. 286, 91. Sitz. S. 2996C.

Bd. 287, 92. Sitz. S. 3032D.

Bd. 287, 105. Sitz. S. 3548A, Bd. 287, 105. Sitz. S. 3549C.

4. Frage der Notwendigkeit und Möglichkeit einer reichsgesetzlichen Regelung der Wohnungsfrage, einer Wohnungsaufsicht:

Bd. 283, 16. Sitz. S. 342A, Bd. 283, 16. Sitz. S. 349C, Bd. 283, 16. Sitz. S. 353D

(Regelung des Wohnungswesens durch die Bundesstaaten), Bd. 283, 16. Sitz. S. 361D.

Bd. 283, 18. Sitz. S. 419C (Kompetenz des Reichs, der Bundesstaaten).

Bd. 283, 19. Sitz. S. 437C.

Bd. 283, 21. Sitz. S. 501D, Bd. 283, 21. Sitz. S. 510C.

Bd. 283, 22. Sitz. S. 539C, Bd. 283, 22. Sitz. S. 552D.

Bd. 284, 33. Sitz. S. 955A (Wohnungskongreß 1904, Stellung des Reichsamts des Innern), Bd. 284, 33. Sitz. S. 958B (Kompetenz des Reichs; Aufstellung von Mindestforderungen für Wohnungen usw.).

Bd. 284, 34. Sitz. S. 979B (Stellung Preußens, Wohnungsgesetze Bayerns, Hessens), Bd. 284, 34. Sitz. S. 980C, Bd. 284, 34. Sitz. S. 981A (Mindestforderungen für Wohnungen usw.).

Bd. 286, 74. Sitz. S. 2450C.

Bd. 286, 77. Sitz. S. 2551C (Stellung des Abgeordneten Freiherrn v. Zedlitz-Neukirch).

Bd. 289, 150. Sitz. S. 5157A.

Frage der Notwendigkeit und Möglichkeit einer reichsgesetzlichen Regelung der Wohnungsfrage, Möglichst baldige reichsgesetzliche Regelung des Wohnungswesens, Stellung der Regierung, Resolutionen der Wohnungskommission: Bd. 285, 69. Sitz. S. 2233C, Bd. 285, 69. Sitz. S. 2255B, Bd. 285, 69. Sitz. S. 2255C, Bd. 285, 69. Sitz. S. 2256A (Verhältnisse im Osten), Bd. 285, 69. Sitz. S. 2256C (Bodenerwerb durch Polen usw.), Bd. 285, 69. Sitz. S. 2257A, Bd. 285, 69. Sitz. S. 2257B.

Erlaß eines Wohnungsgesetzes (Reichswohnungsaufsichtsgesetzes), Kompetenz des Reiches und der Einzelstaaten, der Gemeinden, Reichsverfassung Art. 41, Stellung des Staatssekretärs Dr. Delbrück, Erklärungen in der Budgetkommission, Vorlegung eines Reichsgesetzes, falls dem preußischen Landtag nicht bis Herbst 1913 ein Entwurf zugegangen sei:

Bd. 287, 105. Sitz. S. 3543C ff., Bd. 287, 105. Sitz. S. 3545A ff., Bd. 287, 105. Sitz. S. 3548B, Bd. 287, 105. Sitz. S. 3549C.

Bd. 287, 106. Sitz. S. 3551D ff., Bd. 287, 106. Sitz. S. 3553B ff., Bd. 287, 106. Sitz. S. 3554C ff., Bd. 287, 106. Sitz. S. 3556D ff. (Staatssekretär Dr. Delbrück), Bd. 287, 106. Sitz. S. 3560A, Bd. 287, 106. Sitz. S. 3560C ff., Bd. 287, 106. Sitz. S. 3563B ff., Bd. 287, 106. Sitz. S. 3565C ff., Bd. 287, 106. Sitz. S. 3566D, Bd. 287, 106. Sitz. S. 3567D ff., Bd. 287, 106. Sitz. S. 3571A, Bd. 287, 106. Sitz. S. 3572B ff., Bd. 287, 106. Sitz. S. 3573D, Bd. 287, 106. Sitz. S. 3575C ff.

Preußischer Entwurf eines Wohnungsgesetzes, angebliche

Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ministern Dr. Delbrück und v. Dallwitz;
Bewertung des preußischen Entwurfs; Frage des Erlasses ergänzender
reichsgesetzlicher Vorschriften:

Bd. 287, 105. Sitz. S. 3543D, Bd. 287, 105. Sitz. S. 3545C ff., Bd. 287, 105. Sitz. S.
3548A, Bd. 287, 105. Sitz. S. 3548B.

Bd. 287, 106. Sitz. S. 3553A, Bd. 287, 106. Sitz. S. 3553B, Bd. 287, 106. Sitz. S.
3557D (Staatssekretär Dr. Delbrück, Vorgeschichte des preußischen Entwurfes), Bd.
287, 106. Sitz. S. 3560A, Bd. 287, 106. Sitz. S. 3561D, Bd. 287, 106. Sitz. S. 3563C,
Bd. 287, 106. Sitz. S. 3565C, Bd. 287, 106. Sitz. S. 3567C, Bd. 287, 106. Sitz. S.
3572B, Bd. 287, 106. Sitz. S. 3575C.

Preußisches Wohnungsgesetz (1904), Widerstand der Gemeinden usw.:

Bd. 284, 33. Sitz. S. 953A.

Bd. 284, 34. Sitz. S. 979C.

5. Anfrage Nr. 87, Göhre: Wann und in welcher Gestalt wird die in Aussicht
genommene Sachverständigen - Kommission für Wohnungsreform in Tätigkeit treten
?: Bd. 303 Nr. 1196.

Beantwortet: Bd. 291, 177. Sitz. S. 6042D.

6. Frage der Errichtung von Landeswohnungsämtern (Fehlen im preußischen
Entwurf) bzw. eines Reichswohnungsamtes; Wohnungsämter für Gemeinden: Bd.
287, 105. Sitz. S. 3547A ff., Bd. 287, 105. Sitz. S. 3547C.

Einführung der staatlichen Wohnungsaufsicht, auch in Preußen: Bd. 294, 234. Sitz.
S. 8034B.

7. Schassung einer Wohnungsstatistik durch das Reich: Bd. 287, 105. Sitz. S.
3544A.

Einrichtung von Wohnungsnachweisen: Bd. 287, 105. Sitz. S. 3547A, Bd. 287, 105.
Sitz. S. 3547D.

8. Fonds im Etat des Reichsamts des Innern, Erhöhung auf 4 Millionen Mark:

Bd. 283, 15. Sitz. S. 330B.

Bd. 283, 16. Sitz. S. 342A.

Bd. 283, 19. Sitz. S. 437D.

Bd. 284, 33. Sitz. S. 952A.

Bd. 284, 34. Sitz. S. 983D (weitere Erhöhung).

Kleinwohnungswesen, Förderung, Fonds, Erhöhung für 1914:

Bd. 287, 105. Sitz. S. 3543B.

Bd. 287, 106. Sitz. S. 3566C.

Posten im Etat für 1914, Förderung des Baus von Wohnungen für Arbeiter und Beamten: Bd. 293, 214. Sitz. S. 7348C.

9. Aufgaben der Kommunen, bisherige Tätigkeit der Kommunen, Widerstand der Hausbesitzer: Bd. 284, 33. Sitz. S. 955B, Bd. 284, 33. Sitz. S. 958B.

Wohnungsordnungen für Gemeinden, Vorschriften über Lage, Luftraum der Wohnung usw.: Bd. 287, 105. Sitz. S. 3547A.

Kreditnot in den Gemeinden; Hypothekenbanken, Gewährung hoher Kredite für Spekulationsbauten, Steigerung der Grundstückspreise, geringer Kredit für Kleinwohnungen:

Bd. 287, 105. Sitz. S. 3548C.

Bd. 287, 106. Sitz. S. 3552B ff., Bd. 287, 106. Sitz. S. 3560D, Bd. 287, 106. Sitz. S. 3564C.

Kreditnot in den Gemeinden, Einführung der obligatorischen tilgbaren städtischen Hypothek: Bd. 287, 106. Sitz. S. 3552D.

Kreditnot in den Gemeinden, Zweckverband Berlin, Aufgaben in bezug auf die Wohnungsreform, ablehnende Haltung des Herrenhauses: Bd. 284, 34. Sitz. S. 979C.

Kreditnot in den Gemeinden, Wohnungsverhältnisse in Berlin, Notstand der Grundbesitzer, Frage der Hingabe von Darlehen (zweite Hypotheken) durch die Stadt Berlin, Verhandlungen in der Stadtverordnetenversammlung, Stellung der Sozialdemokratie: Bd. 291, 174. Sitz. S. 5967A, Bd. 291, 174. Sitz. S. 5968A, Bd. 291, 174. Sitz. S. 5969C.

Kreditnot in den Gemeinden, Propagandausschuß für Groß-Berlin, Straf-Verfolgung wegen "Aufreizung zum Klassenhaß": Bd. 285, 69. Sitz. S. 2253C.

Kreditnot in den Gemeinden, Siehe auch nachstehend unter 10 ff.

10. Kreditgewährung; Baugenossenschaften, Förderung, Wirksamkeit, Rheinischer Verein für Kleinwohnungswesen usw.:

Bd. 284, 33. Sitz. S. 955C.

Bd. 284, 34 Sitz. S. 983D.

Kreditgewährung, Darlehen der Versicherungsanstalten; Erhöhung des Zinsfußes auf 3½ Prozent (Erlaß des Reichsversicherungsamts vom 11. 5. 1910), Schwierigkeiten für die Baugenossenschaften infolgedessen, Erhöhung der Baukosten, Mieten;

Bürgschaften der Gemeinden usw.:

Bd. 284, 33. Sitz. S. 957B ff.

Bd. 284, 34. Sitz. S. 978C ff., Bd. 284, 34. Sitz. S. 979D ff. (soziale Fürsorge des Reichsversicherungsamts), Bd. 284, 34. Sitz. S. 980D, Bd. 284, 34. Sitz. S. 982A, Bd. 284, 34. Sitz. S. 982D.

Kreditgewährung, Erwerb von Grundbesitz durch Mitglieder der arbeitenden Klasse, Organisation des Realtredits, Schaffung unkündbarer und amortisabler Hypotheken: Bd. 287, 106. Sitz. S. 3564C, Bd. 287, 106. Sitz. S. 3565D.

Kreditgewährung, Bereitstellung von Mitteln für den Bau von Landarbeiterwohnungen seitens der Landesversicherungsanstalten: Bd. 286, 91. Sitz. S. 3002D.

Kreditgewährung, Mittel aus den Beiträgen usw. für die Angestelltenversicherung, Verwendung zur Förderung des Wohnungswesens, Bau von Kleinwohnungen usw.: Bd. 283, 27. Sitz. S. 672B.

11. Bürgschaftsleistungen für zweite Hypotheken, Einrichtung eines Bürgschaftsfonds für zweite Hypotheken durch das Reich zur Förderung des Kleinwohnungswesens, zur Benutzung für Beamte, Arbeiter usw., eventuell auch für andere Personen:

Bd. 287, 105. Sitz. S. 3544A ff., Bd. 287, 105. Sitz. S. 3547C.

Bd. 287, 106. Sitz. S. 3552C (österreichisches Gesetz), Bd. 287, 106. Sitz. S. 3553A, Bd. 287, 106. Sitz. S. 3553C ff., Bd. 287, 106. Sitz. S. 3556B, Bd. 287, 106. Sitz. S. 3561A ff.

Bürgschaftsleistungen für zweite Hypotheken, Den Gesetzentwurf siehe vorstehend unter I o.

Bürgschaftsleistungen für zweite Hypotheken,, Siehe auch unter 12. (Erbbaurecht).

Bürgschaftsleistungen für zweite Hypotheken,, Einrichtung von Pfandbriefanstalten, Hergabe von Pfandbriefdarlehen, Besserung der Kurse; Einrichtung eines Reichspfandbriefinstituts:

Bd. 287, 105. Sitz. S. 3547D.

Bd. 287, 106. Sitz. S. 3553C, Bd. 287, 106. Sitz. S. 3560B, Bd. 287, 106. Sitz. S. 3561C.

Bürgschaftsleistungen für zweite Hypotheken,, Förderung der Baugenossenschaften und des Baues von Kleinwohnungen durch Mittel der Sparkassen, Schwierigkeiten bezüglich der zweiten Hypotheken, Schaffung eines Reichsgarantiefonds:

Bd. 284, 34. Sitz. S. 981B ff., Bd. 284, 34. Sitz. S. 982A (Verwendung von Mitteln der Landesversicherungsanstalten, Zinsfuß usw.).

Bd. 292, 200. Sitz. S. 6811A, Bd. 292, 200. Sitz. S. 6819C.

Bd. 292, 203. Sitz. S. 6910A.

12. Erbbaurecht, Ausbau, mit Hilfe der Gemeinden, Ergänzung der Bestimmungen im Bürgerlichen Gesetzbuch usw.; Frage der Beleihung mit zwei Hypotheken; Beschlüsse der deutschen Juristentage:

Bd. 283, 15. Sitz. S. 330B.

Bd. 283, 16. Sitz. S. 354B (Frage der Vorlegung einer Denkschrift; Stellungnahme des Deutschen Juristentags usw.), Bd. 283, 16. Sitz. S. 356C.

Bd. 283, 18. Sitz. S. 420A (Organisation der zweiten Hypotheken usw.).

Bd. 284, 33. Sitz. S. 957A (Denkschrift), Bd. 284, 33. Sitz. S. 958C (Gewinnung des Großkapitals, Errichtung von Erbbaubanken).

Bd. 284, 34. Sitz. S. 981A ff.

Bd. 284, 40. Sitz. S. 1239C.

Bd. 285, 69. Sitz. S. 2257B.

Bd. 287, 105. Sitz. S. 3547C, Bd. 287, 105. Sitz. S. 3548C.

Bd. 287, 106. Sitz. S. 3554A ff., Bd. 287, 106. Sitz. S. 3554C (Frage der Bearbeitung der Ergänzungen durch das Reichsjustizamt), Bd. 287, 106. Sitz. S. 3556B, Bd. 287, 106. Sitz. S. 3560D, Bd. 287, 106. Sitz. S. 3564B.

Bd. 287, 109. Sitz. S. 3688B.

Bd. 288, 111. Sitz. S. 3742C.

Erbbaurecht, Erbbaurecht, Erlaß eines Gesetzes über die Beleihung durch öffentliche Anstalten und Kreditanstalten, Stellung des Deutschen Juristentags (Wien): Bd. 286, 91. Sitz. S. 2996D.

Erbbaurecht, Wohnungsfonds Oesterreichs, Hergabe von Darlehen und Uebernahme einer Garantie für den Ausfall von Hypotheken, die auf die mit Erbbaurecht ausgestatteten Grundstücke gegeben werden:

Bd. 283, 16. Sitz. S. 354C.

Bd. 283, 18. Sitz. S. 420C.

Bd. 283, 19. Sitz. S. 437C, Bd. 283, 19. Sitz. S. 437D.

Erbbaurecht, Siehe auch vorstehend unter In.
